

## Seuchenschutz in Gefahr

Grassierender Ärztemangel setzt auch Berlins Behörden zu. **Seite 11**

Foto: fotolia/BillionPhotos.com

## Kunst in der Diaspora

Der syrische Theaterwissenschaftler Abdullah Al Kafri im Interview. **Seite 15**

## Tête-à-Tête mit Folgen

Der 55. Jahrestag des Élysée-Vertrages wurde mit einem Berlin-Pariser Staatsakt begangen. Die Linke warnt in bilateraler Opposition vor den Absichten. **Seiten 2 und 3**

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 23. Januar 2018

73. Jahrgang/Nr. 19

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Grafik: fotolia/Katsiryarna

## STANDPUNKT

### Spinnrad

Simon Poelchau glaubt nicht wie der IWF an ewiges Wachstum

»What goes up must come down«, »Was hoch hinaus geht, muss auch wieder runterkommen«, beginnt das Lied »Spinning Wheel« (Spinnrad) der Band Blood, Sweat and Tears mit einer Weisheit, die eigentlich auch für die Ökonomie gilt. Doch wollen Mainstream-Ökonomen derzeit davon nichts wissen.

So ist auch der Internationale Währungsfonds (IWF) voll Optimismus. Die Weltwirtschaft werde dieses und nächstes Jahr kräftig weiterwachsen, prognostiziert der IWF kurz vor der Eröffnung des Weltwirtschaftsforums in Davos. Und das dank der Steuerreform von US-Präsident Donald Trump, von der nur Reiche und Konzerne profitieren. Als ob die neoliberale Utopie vom Kapitalismus mit ewig währendem Aufschwung Wirklichkeit geworden sei. IWF-Chefökonom Maurice Obstfeld müsste es eigentlich besser wissen. Denn eine der ersten Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte ist, dass der Kapitalismus eben keine Rolltreppe ist, bei der es nur nach oben geht, sondern ein Spinnrad, bei dem auf jeden Aufschwung unweigerlich ein Abschwung folgt. Steuersenkungen machen die Konjunktur da langfristig auch nicht stabiler. Zum einen verpuffen die positiven Effekte schnell wieder, falls es sie überhaupt gibt. Zum anderen werden den Staaten so die Ressourcen genommen, die Wirtschaft im Falle eines Abschwungs zu stabilisieren.

Insofern sollten Ökonomen und Politiker nicht zu optimistisch sein, damit es nicht zu schmerzhaft wird, wenn es wieder bergab geht. Die nächste Krise kommt bestimmt.

## UNTEN LINKS

Kommt Ihnen das **Fernsehen** in letzter Zeit auch so leblos vor? Kein Wunder, denn das Fernsehen ist tot. Das meint der Schauspieler Lars Eidinger, der das »interessant« findet, weil man das ja vor zehn Jahren nicht gedacht hätte. »Das Format Film hat sich überholt. Alles orientiert sich an Serien«, sagte er. Nun könnte man das Fernsehen bedauern ob seines wenig beneidenswerten Zustands. Man könnte es still betrauern oder mit den Schultern zucken und die nächste Serie einschalten. Man kann dem Fernsehen aber auch Mut zusprechen. Schließlich ist schon so einiges für tot erklärt worden: Vinyl-Schallplatten, Polaroidfotos, Elvis, die Geschichte – alles Lüge! Gerade erst wurde aus dem Hause Schwan-Stabilo eine dreiste Schwarzmalerei widerlegt: Auch der Stift ist nicht tot. Der Digitalisierung zum Trotz erfreuen sich Buntstift, Kuli & Co. ihres Lebens. »Wir glauben an eine Zukunft der Stifte«, hieß es. Und das klingt so schön, dass es auch dem Fernsehen schnell wieder besser geht. *rst*

# Deutsche Panzer gegen Kurden

Der türkische Präsident Erdogan will im syrischen Afrin »nicht zurückweichen«



Türkischer »Leopard 2A4«-Panzer nahe der syrischen Grenze

Foto: dpa

Berlin. Die türkischen Streitkräfte setzen bei ihrer Offensive gegen die Kurden-Miliz YPG in der nordwestsyrischen Region Afrin offensichtlich auch deutsche Panzer ein. Ein Bundeswehr-Experte bestätigte am Montag in Berlin, dass Bilder von der Militäroperation Panzer vom Typ »Leopard 2 A4« zeigten. Sahara Wagenknecht, LINKE-Fraktionschefin im Bundestag, forderte von der Bundesregierung eine unmissverständliche Verurteilung dieses völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, den Stopp von Waffenlieferungen an Ankara und den Abzug aller Bundeswehrsoldaten, die noch in der Türkei stationiert sind.

Die Türkei werde sich laut Präsident Recep Tayyip Erdogan nicht durch internationalen Druck von ihrer Offensive gegen die Kurdenmiliz abbringen lassen. »Afrin wird abgeschlossen. Es gibt keinen Schritt zurück aus Afrin«, sagte er am Montag in Ankara. Das habe man gegenüber Russland und den USA sowie anderen Koalitionspartnern deutlich gemacht. Die USA hatten vor Beginn der Operation am Wochenende an die Türkei appelliert, davon abzusehen. Die YPG ist der Verbündete der US-geführten Koalition gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und wurde von Washington mit Waffen ausgerüstet. Aus

türkischer Sicht ist die Miliz der syrische Ableger der »Terrororganisation« PKK.

Ankaras Truppen rückten laut Nachrichtenagentur Anadolu am Montag weiter vor und hätten eine entsprechende Operation von der syrischen Stadt Asas aus gestartet. Die Armee werde von Kämpfern der Freien Syrischen Armee unterstützt. Syrische Aktivisten bestätigten dagegen kurdische Angaben, wonach die Miliz verlorene Posten zurückerobert habe. Nach Äußerungen in sozialen Medien über die Offensive sind in der Türkei mindestens 24 Menschen verhaftet worden – wegen »Terrorpropaganda«. *Agenturen/nd* *Seite 6*

# Sieg bei Stalingrad – kein deutsches Thema

Nichts geplant zum 75. Jahrestag der Wende im Zweiten Weltkrieg – dafür Relativierung der Verbrechen

**Der Sieg der Roten Armee bei Stalingrad jährt sich zum 75. Mal. Doch das ist kein Thema für die Bundesregierung. Die LINKE nennt das einen »geschichtspolitischen Offenbarungseid«.**

Von René Heilig

Gerade weil die Bundeswehr derzeit um eine Präzisierung ihres Traditionsverständnisses ringt, wollte die stellvertretende Chefin der Linksfraktion Sevim Dagdelen wissen, wie die Bundesregierung das Ende der Stalingrader Schlacht begehnen will. Dieser entscheidende Sieg der Roten Armee jährt sich am Monatsende zum 75. Mal. Er war »ein entscheidender Schritt zur Befreiung der europäischen Völker von der Nazi-Diktatur«, meint Dagdelen.

Nun mag es ja sein, dass man in Moskau angesichts der höchst gespannten Situation zwischen Russland und der NATO nicht allzu viele Hoffnungen auf den deut-

schen Beitrag zur Verständigung über ehemalige Gräben hinweg setzt. Eine Gelegenheit wäre es allemal. Doch die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der Linksfraktion ist ernüchternd. Man habe »grundsätzlich Kenntnis von Gedenkfeierlichkeiten in Wolgograd«, plane aber selbst nichts. Möglich, dass der deutsche Botschafter und der Militärattaché an der Gedenkveranstaltung in Wolgograd, teilnehmen. Wenn sie eingeladen werden. Darüber hinaus erwähnt werden lediglich noch einige Bücher, die das Zentrum für Militärgeschichte in diesem Jahr vorstellen will.

Das ist dürftig. Als sich die Abgeordnete vergewissern will, ob der Überfall auf die Sowjetunion aus Sicht der Bundesregierung grundsätzlich ein verbrecherischer Angriffskrieg bleibt, den Nazideutschland ohne jede Not eröffnet und von vornherein als

rassenideologischen Vernichtungskrieg geplant hatte, gerät die Antwort zum Skandal: »Die Einordnung damaliger militärischer Handlungen der Wehrmacht als verbrecherisch im strafrechtlichen Sinne ist einzel-

**Die Regierung hat »grundsätzlich Kenntnis von Gedenkfeierlichkeiten in Wolgograd«.**

fallbezogen vorzunehmen. Als verbrecherisch könnten Handlungen konkreter Täter einzustufen sein, die gegen anwendbares Recht verstießen, insbesondere Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.« Damit geht die Bundesregierung weit hinter eigene Positionen zurück.

»Es handelt sich um einen Vernichtungskampf«, hatte Hitler seinen Wehrmachts-Generälen schon im März 1941 erklärt. Mindestens 27 Millionen Menschen wurden auf sowjetischer Seite Opfer dieses Krieges. Hinter der rasch nach Osten rückenden Front erschossen Einsatzgruppen Hunderttausende Zivilisten, vor allem Juden. 5,7 Millionen Rotarmisten gerieten in Gefangenschaft, 3,3 Millionen wurden ermordet.

»Die Handlungen der Nazi-Wehrmacht im Rahmen dieses verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion waren ein Verbrechen«, betont Dagdelen. »Da gibt es kein Vertun und keine »einzel-fallbezogene« Abwägung.« Um einen Kontrapunkt gegen die offizielle deutsche Geschichtsvergesenheit zu setzen, wird eine Delegation der Linksfraktion nach Wolgograd reisen, um an der offiziellen Gedenkveranstaltung zum Sieg der Roten Armee teilzunehmen.

## SPD zieht neue Mitglieder an

Neueintritte nach Ja zu Koalitionsverhandlungen

München. Nach dem Ja des SPD-Parteitag zu Koalitionsverhandlungen mit der Union ist die Zahl der Neueintritte etwa in Bayern in die Höhe geschossen. Seit Mitternacht habe es allein online 100 Neueintritte gegeben, sagte ein Sprecher am Montag auf Anfrage. Und es kämen immer noch weitere dazu. Die Berliner SPD vermeldete, dass rund 70 Anträge auf eine Parteimitgliedschaft eingegangen. Hintergrund könnte der Mitgliederentscheid nach den Koalitionsverhandlungen sein. Die Jusos in Nordrhein-Westfalen wollen Neueintritte gar mit einer Kampagne unter dem Motto »Einen Zehner gegen die GroKo« befördern. »Jetzt gilt es, möglichst viele GroKo-Kritiker in die Partei zu holen, damit wir beim Mitgliederentscheid das Ergebnis sprengen können«, so NRW-Juso-Chef Frederick Cordes gegenüber der »Rheinischen Post«. Zehn Euro entsprechen dem Beitrag für zwei Monate. Geplant ist demnach eine »möglichst bundesweite Kampagne«. »Und wenn wir uns durchsetzen, bleiben bestimmt viele Neumitglieder der SPD erhalten.« *Agenturen/nd* *Seiten 4 und 5*

## Kein Haftbefehl gegen Puigdemont

Ex-Regionalpräsident Kataloniens für Wiederwahl nominiert

Madrid. Spaniens Oberstes Gericht wird keinen neuen europäischen Haftbefehl gegen den katalanischen Ex-Regionalchef Carles Puigdemont ausstellen. Die Richter lehnten am Montag in Madrid den Antrag der Staatsanwaltschaft ab. Der 55-jährige Politiker, der sich Ende Oktober nach Brüssel abgesetzt hatte, war am Montag nach Kopenhagen geflohen. Dort wollte er an einer Hochschuldebatte teilnehmen. Die Staatsanwaltschaft hatte gehofft, Puigdemont durch einen entsprechenden Haftbefehl in Dänemark festnehmen lassen zu können. Zuvor war er gegen den Widerstand der Zentralregierung in Madrid erneut zum Kandidaten für die Regionalpräsidentschaft Kataloniens ernannt worden. Dies teilte der neue Präsident des Parlaments in Barcelona, Roger Torrent, am Montag nach Konsultationen mit den Chefs der im Parlament vertretenen Parteien mit. Die Debatte über den vorgeschlagenen Kandidaten muss nun bis spätestens zum 31. Januar beginnen. Der Bewerber muss sein Regierungsprogramm präsentieren. *dpa/nd* *Seite 7*

## IWF hebt Prognose für Weltwirtschaft

US-Steuerreform kurbelt laut Währungsfonds Konjunktur an

Washington. Die Weltwirtschaft wird laut IWF-Prognose in diesem und im kommenden Jahr kräftig wachsen. Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde 2018 und 2019 um jeweils 3,9 Prozent zulegen, prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) in Washington am Montag. Für Deutschland erwartet die Institution ein Wachstum von 2,3 in diesem und 2,0 Prozent im nächsten Jahr.

Der IWF hob seine Prognose vom Oktober für die Weltwirtschaft damit leicht an, damals waren die Experten von einem Plus von 3,7 Prozent in diesem Jahr ausgegangen. Die kurz vor Weihnachten beschlossene Steuerreform von US-Präsident Donald Trump werde kurzfristig positive Impulse bringen, heißt es in der IWF-Prognose. In den USA selbst wird demnach die Wirtschaft in diesem Jahr um 2,3 und 2019 dann um 2,2 Prozent zulegen. Das ist ein kräftiger Aufschlag im Vergleich zum Herbst 2017, als die Experten nur 1,9 Prozent plus in diesem und 2,3 Prozent im nächsten Jahr vorhersagten. *AFP/nd*

